

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1922

90 (18.4.1922)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Durlach.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertage ausgenommen
Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich
monatlich 10 Mk., Postbezug monatlich 10 Mk. 50 Pfg., Einzelnummer
und Belegblatt 50 Pfg.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstraße 6
Fernsprecher 204.



Die einseitige Zeitzeile oder deren Raum 1 Mk., Reklamezeile
4 Mk. 50 Pfg. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nach-
mittags 4 Uhr, für dringliche Familien-Anzeigen am Erscheinungstag
1/2 Uhr vormittags. Kleine Anzeigen sind sofort zu bezahlen. Für
Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr über-
nommen werden. Im Fall höherer Gewalt hat der Bezahler keine
Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Ar. 90.

Dienstag, den 18. April 1922.

93. Jahrgang.

Tagespiegel.

Wie die Z. N. erzählt, ist von der im „Deubre“ ge-
äußerten Ansicht des Reichskanzlers Dr. Wirth, nach
Berlin zurückzukehren, an Berliner zuständiger Stelle
nichts bekannt.

Reichsminister des Äußern Rathenau wird in den
nächsten Tagen bei einer passenden Gelegenheit mit
Barthou über die neuen Verhandlungen sprechen, die
nach dem 15. Mai in der Angelegenheit der deut-
schen Zahlungen geführt werden sollen.

Der französische Votschafter Laurent ist nach Berlin
zurückgekehrt und hat die Leitung der Votschaft wie-
der übernommen.

Nach einem Sabas-Bericht trafen am Mittwoch auf
dem Nordbahnhof in Paris in plombierten Wagen
mehrere Kisten mit einigen tausend Millionen deut-
scher Schatzscheine ein.

Bei den Vertragsverhandlungen über die wirtschaft-
lichen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Ne-
melgebiet ist ein Einvernehmen in allen wichtigen
Fragen erzielt worden.

Das Gesetz über die Erhöhung der Zölle tritt am
1. Mai d. J. in Kraft. Die Veröffentlichung wird vor-
ausichtlich in den nächsten Tagen zugleich mit der
Bekanntgabe im Reichsgesetzblatt erfolgen.

Der König von Italien wird auf einem Kriegs-
schiff am 22. April in Genua einreisen und die De-
legierten der Konferenz an Bord des Schiffes emp-
fangen.

Der tschechische Finanzminister, berühmt durch seinen
Ausspruch, daß Deutschland offen auf seinen Bankrott
hinarbeite, ist nach Genua abgereist.

Zur Konferenz von Genua.

Leutl Frankreich ein?

Paris, 15. April.

Gestern abend war ein Telegramm Barthous an den Mi-
nisterpräsidenten Poincaré eingetroffen, das besagt, die Ab-
rüstungsfrage könne jeden Augenblick auf der Konferenz
von Genua angeschnitten werden, die französische Delegation
bitte daher um Instruktionen über die von ihr einzuneh-
mende Haltung. Poincaré berief in Abwesenheit des Prä-
sidenten der Republik einen Kabinetssitz ein. Nach recht
lebhafter Aussprache beschloß der Ministerrat mit Majorität,
daß die französische Delegation sich sehr reserviert verhalten
sollte und nicht aus diesem Grunde allein die Brücken abbrechen
sollte, wenn diese Frage niemals zur Behandlung käme. In
politischen Kreisen wird erklärt, daß dieser Beschluß des Mi-
nisterrats eine Schwankung in der Haltung in Genua be-
deute.

Genua, 16. April.

Es scheint fast außer Zweifel, daß Poincaré von Paris
aus eine neue Richtung befohlen hat. Die Gerüchte, daß er
bald hier eintreffen wird, verdienen sich nicht. Es wird
auch gesagt, daß sich Poincaré und Lloyd George schon wäh-
rend der Dierstage treffen werden zu einer letzten intimen
Aussprache.

Parallel zu dieser Annäherung geht hier in Genua eine
anzu auffallende Verbesserung des französischen Tones gegen
Deutschland vor sich. Es wird recht laut erzählt, daß ein
französischer Vertreter gestern bei den Deutschen gewesen sei
und sie darüber beruhigt hätte, daß aus dem Gleichgewicht
zwischenfall hier in Genua keinerlei Äffäre gemacht werden
sollte.

Die Einladung der französischen Pressestelle zu ihrem
Journalistenempfang wird nahezu an allen Türen des
Pressebüros auch in deutscher Sprache angeschlagen.

Es werden jetzt ein paar Wochen näherer, aber viel-
leicht recht erproblicher Arbeit folgen.

Beratungen der deutschen Delegierten und Sachverständigen.
Genua, 15. April.

Gestern abend fand eine Sitzung der deutschen Gesamts-
delegation mit den deutschen Sachverständigen statt, in der
Reichsminister Dr. Rathenau ein Bild über die
bisherigen Verhandlungen gab. Am Freitag früh 9.30 Uhr
tagte die Wirtschaftskommission, in der der Reichswirtschafts-
minister längere Ausführungen machte.

Bildung der Kommissionen.

Genua, 15. April.

Die Sachverständigen der Finanzkommission, die mit dem
Studium der Kredit- und Salutangaben beauftragt worden
sind, haben gestern vormittag in einer Sitzung beschlossen,
daß die verschiedenen Nationen ihre Wünsche und Bedürf-
nisse, nach den Salutangaben geprüft, vor die Kommi-
sion bringen sollen.

Genua, 15. April.

In der gestrigen Vollziehung der Finanzkommission wur-
den auf Antrag Rathenaus zwei Unterkommissionen für

Kredit- bzw. Salutangaben gebildet; sodann wurde
ein Wirtschaftskomitee aus den in Genua anwesenden ersten
Wirtschaftsvertretern gebildet. Deutschland ist in diesem
Komitee durch Direktor Gavenstein vertreten.

Genua, 15. April.

Nachdem am gestrigen Vormittag in der Verkehrs-
kommission beschlossen worden war, noch zwei weitere Kommi-
sionen für Behandlung der Eisenbahn- bzw. der Seever-
kehrsfragen gebildet werden sollen, trat gestern nachmittag
die Verkehrskommission nochmals zusammen, um die Mit-
glieder der beiden Unterkommissionen zu bestimmen. Nach
den Beschlüssen der Kommission vom 12. April sollen außer
den einladenden Mächten, sowie Deutschland und Rußland
noch je fünf Vertreter der übrigen Mächte dieser Unterkom-
mission angehören. Folgende Länder wurden durch die
Wahl in die Unterkommission berufen: Erste Unterkommi-
sion für Eisenbahnverkehr: Dänemark, Polen, die Tschecho-
slowakei, Estland und Serbo-Kroatien; zweite Unterkom-
mission für den Verkehr auf den Wasserstraßen: Rumänien,
Holland, Griechenland, Lettland und Norwegen. Die Unter-
kommissionen für Eisenbahnverkehr werden heute vormittag
10 1/2 Uhr zusammengetreten.

Um das Londoner Memorandum.

Genua, 15. April.

Gestern vormittag 10 Uhr fand in der Villa Alberti, in
der Lloyd George wohnt, der englische Premierminister,
Barthou, Thénis, Jacca, Schanzer, Litwinow und, wie es
heißt, auch Tschichow zusammengetreten, um das Lon-
doner Memorandum Punkt für Punkt durchzuberaten. Am
Donnerstag wurden von den Russen zwei Noten überreicht,
die auf den juristischen und wirtschaftlichen Teil des Memo-
randums Bezug nahmen und zugleich Gegenentwürfe ent-
hielten. Im Laufe der gestrigen Beratungen hat man sich
nicht einigen können, jedoch die Verhandlungen wahr-
scheinlich heute fortgesetzt werden dürften. Die deutschen Dele-
gierten nahmen an den Verhandlungen nicht teil; sie wählten
aber von ihnen.

Genua, 15. April.

Es verlautet, daß die russische Delegation die Schulden
der zaristischen Regierung nur unter dem Vorbehalt aner-
kennen wolle, daß der Schuldenerlös für Rußland nicht im
Sinne der Londoner Bestimmungen, sondern von Fall zu
Fall berechnet werden soll.

Genua, 15. April.

Gestern nachmittag tagten die zwei Unterkommissionen
des Wirtschaftsausschusses. Die Verhandlungen bewegten
sich auf der Grundlage der Londoner Sachverständigenkon-
ferenz. Nachdem ein Vorschlag dieses Memorandums, daß
kein Ausländer in einem Land einer Sondersteuer unter-
worfen werden dürfe, angenommen worden war, beschäftigte
man sich eingehend mit Erleichterungen im Paktverkehr, ins-
besondere mit der Abschaffung der Anzeigengebühren und der
Dauer der Einreisevisa auf ein Jahr. Da die Rumänen im
Einblick auf die Konferenz von Prag und Rom Bedenken
erhoben und den Standpunkt vertraten, daß die Beschlüsse
dieser Konferenz mit dem Londoner Protokoll in Einklang
gebracht werden müßten, konnte die Debatte nicht zu Ende
geführt werden. Der deutsche Vertreter Staatssekretär
Simon stimmte den Erleichterungen im Paktverkehr, die im
Londoner Memorandum vorgesehen sind, im Prinzip zu, be-
hielt sich jedoch mit Rücksicht auf die besondere mitteleuro-
päische Lage Deutschlands vor, die Frage noch im Einzelnen
zu prüfen.

Genua, 17. April. Bei dem Besuch, den der Reichs-
kanzler dem Kardinal-Erzbischof von Genua abstattete,
sprach der Reichskanzler seine Genugtuung darüber
aus, daß er Gelegenheit nehmen könne, den Oberhirten
der Diözese Genua persönlich kennen zu lernen. Der
Kardinal-Erzbischof dankte mit warmen Worten für
den Besuch. Die Unterredung dauerte über eine halbe
Stunde und war außerordentlich herzlich. Der Kar-
dinal sprach die Hoffnung aus, daß die Wünsche, die
fürzlich der Papst in seinem Briefe an ihn ausgedrückt
habe, Erfüllung finden möchten.

Antwort der Reparationskommission.

Die Reparationsforderungen unabänderlich.

Der Deutschen Kriegslastenkommission in Paris ist
am Donnerstag folgende Note der Reparationskommission
zugegangen:

Die Reparationskommission an Herrn Reichskanzler
Dr. Wirth.

Die Reparationskommission hat am 10. April die
Mitteilung des Reichskanzlers vom 7. April erhalten.
Sie hat mit Ueberraschung und Bedauern festgestelt,
daß die deutsche Regierung die hauptsächlichsten Bedin-
gungen, von denen die Kommission die Bewilligung
des Zahlungsaufschubs an Deutschland abhängig ge-
macht hat, bestimmt ablehnt. Insbesondere erklärt sich
die deutsche Regierung außerstande:

1. irgendeine neue Steuer neben den im Steuerkom-
promiß vorgesehenen Steuern zu schaffen;
2. Zahlungen in fremden Devisen auf andere Weise
als mittels einer äußeren Anleihe zu bewirken;
3. irgendeine Ueberwachung der deutschen Finanz-
oder Verwaltungsorganisation anzunehmen mit der
Begründung, daß eine derartige Ueberwachung die
Souveränität Deutschlands beeinträchtigen würde.

1. Was den ersten Punkt anlangt, so ist es offenbar
unmöglich, daß die Gesamtheit der von der deut-
schen Regierung in deutscher Währung zu bezahlenden
Ausgaben (sei es für die Reparationen, sei es für
andere Zwecke) mittels der wirklichen Einnahmequel-

len des deutschen Volkes ohne erneuten Nachgriff auf
die Inflation bezahlt wird. Die Reparationskommission
ist, wie sie in ihrem Schreiben vom 21. März 1922
ausgeführt hat, vollkommen geneigt, im Jahre 1922
die Bezahlung eines beträchtlichen Teiles dieser Aus-
gaben mit Hilfe innerer freiwilliger oder Zwangs-
anleihen in Betracht zu ziehen. Die deutsche Regierung
selbst zieht die Möglichkeit, in der Zwangsanleihe die
Mittel zu finden, die Gesamtheit des Defizits zu decken,
nicht in Betracht. Offenbar besteht aber wenig Hoff-
nung, daß der Kredit der deutschen Regierung bei
ihrem eigenen Volke genügend wiederhergestellt ist,
um ihr die Durchführung freiwilliger Anleihen zu
ermöglichen, bevor sie einen überzeugenden Beweis
von Tatkraft auf dem Steuergebiet geliefert hat, als
denjenigen, der sich aus den Vorschlägen des Steuer-
kompromisses ergibt, beispielsweise hinsichtlich der Be-
steuerung der derzeitigen Gewinne von Industrie und
Handel.

Die Kommission bleibt daher überzeugt, daß eine
sofortige beträchtliche Vermehrung der Steuern über
die im Steuerkompromiß in Betracht gezogene Ver-
mehrung hinaus im Interesse Deutschlands selbst un-
umgänglich ist. Infolgedessen kann sie zurzeit nur
die Bedingungen hinsichtlich weiterer Steuern, welche
sie in ihrem vorausgehenden Schreiben ausgesprochen
hat, voll und ganz aufrecht erhalten, wobei sie sich
indessen bereit erklärt, jeden Vorschlag zu prüfen,
den die deutsche Regierung mit dem Ergebnis machen
könnte, eine befriedigende Regelung des gesamten Fehl-
betrages des Haushalts herbeizuführen.

2. Hinsichtlich des zweiten Punktes ergibt sich nicht
weniger klar, daß jede Hoffnung für Deutschland, im
Auslande eine Anleihe von irgendwelcher Bedeutung
anzunehmen, Chimäre bleiben wird, solange Deutsch-
land nicht eine sehr ernsthafte Anstrengung zur Wie-
derherstellung des Gleichgewichts seines Haushalts ge-
macht hat.

Die Antwort der deutschen Regierung auf die beiden
ersten Punkte, in ihrer Gesamtheit betrachtet, kommt
also einer Weigerung gleich, irgend einen wirksamen
Versuch zu machen, sich die notwendigen fremden De-
visen für die Bezahlung der Reparationen zu be-
schaffen.

3. Hinsichtlich des dritten Punktes vermag die Kom-
mission in den durch ihr Schreiben vom 21. März
gestellten Bedingungen nichts zu erblicken, was die
Befürchtungen der deutschen Regierung auch nur im
geringsten zu rechtfertigen geeignet wäre. Die Kom-
mission hat in keinem Punkte in das Recht der Initia-
tive oder in die Verantwortlichkeit hinsichtlich der Steu-
ern oder Ausgaben der deutschen Regierung oder der
gesetzgebenden Faktoren Deutschlands eingegriffen. Sie
hat sich darauf beschränkt, in erster Linie zu fordern,
daß Deutschland alle allgemeinen erforderlichen Maß-
nahmen ergreife, damit die Ausführung der Repara-
tionsverpflichtungen im Vorrang vor nicht unum-
gänglich gebotenen inneren Ausgaben sichergestellt
wird; in zweiter Linie, daß die deutsche Regierung
ihre, soweit das von ihr abhängt, die Mittel gibt, sich
zu vergewissern, daß diese allgemeinen Bestimmungen
von der deutschen Regierung richtig und genau ange-
wandt werden. Die deutsche Regierung hat keinen
Grund zur Beschwerde, der sich auf den Vertrag oder
auf die von den alliierten Regierungen gegebenen Ver-
sicherungen stützen könnte. Die deutsche Regierung darf
überdies nicht vergessen, daß sie um einen Aufschub
ihrer durch den Vertrag und durch den Zahlungsplan
bestimmten Verpflichtungen nachgesucht hat, und daß
bei Gewährung dieses Aufschubs die Kommission be-
rechtigt war, alle Bedingungen zu stellen, welche ihr
notwendig erschienen konnten. Die Bedingungen, welche
der deutschen Regierung durch das Schreiben vom
21. März für die Gewährung eines vorläufigen Zah-
lungsaufschubs mitgeteilt worden sind, sind nach ernster
Ueberlegung festgesetzt und die Reparationskommission
kann demnach nur hoffen, daß die deutsche Regierung
sich davon Rechenschaft ablegen wird, daß die star-
ksinnige Haltung, die sich aus der deutschen Note ergibt,
ohne rechte Erwägung der Folgen eingenommen ist,
welche sie nach sich ziehen muß. Die Kommission
wünscht keineswegs der deutschen Regierung oder dem
deutschen Volke eine unumgängliche Aufgabe zu stellen.
Im Gegenteil, sie fordert nur ein Zusammenwirken bei
den notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung
der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands.
Aber eine unumgängliche Bedingung für ein derartiges
Zusammenwirken ist die Beachtung nicht nur der
Grundsätze, sondern auch des Mechanismus des Ver-
trags von Versailles.

Wenn die in der Note des Kanzlers angenommene
Haltung aufrechterhalten wird, ist jede weitere Erör-
terung zwischen der Kommission und der deutschen Re-
gierung offenbar unmöglich. Aber wenn nach Ueber-
legung die deutsche Regierung davon absieht, das Recht
der Reparationskommission, ihre Entscheidungen
aufzuheben, zu bestreiten, so ist die Kommission
bereit, jede praktische Anregung zu prüfen, die von
der deutschen Regierung zur Lösung der Schwierig-
keiten, in der sie sich befindet, vorgebracht werden
könnte. Diese Erklärung seitens der Reparationskom-
mission darf keineswegs in dem Sinne ausgelegt wer-
den, daß dies inzwischen die Ausführung der Ent-
scheidung vom 21. März oder der in ihrem Schreiben

vom gleichen Tage auferlegten Bedingungen zurücknimmt, oder vorläufig außer Kraft setzt.
gez. Dubois, Salvago Maggi, John Bradbury,
A. Bemelmans.

Die Berliner Presse über die Antwort der Reparationskommission.

Berlin, 17. April. Die Berliner Morgenblätter vom Samstag, die infolge des Karfreitags nur in beschränktem Umfang erschienen sind, nehmen zu der Antwort der Reparationskommission nur zum Teil Stellung. Der „Völkische Anzeiger“ charakterisiert den Inhalt der Note mit folgenden Worten: Du mußt nun endlich ernsthafte Schritte tun, um den Mond auf die Erde herunterzuholen, andernfalls halte ich mich nicht mehr mit Dir und dann kommen die Sanktionen. Das Blatt sieht in dem Schreiben den erneuten Beweis dafür, daß das Kabinett Wirth mit seiner Erfüllungspolitik in einen Konflikt mit dem Feindbündnis geraten ist, der von Stunde zu Stunde bedrohlicher und akuter wird. — Die „Völkische Zeitung“ gibt zwar auch ihrer Entrüstung über den Schulmeisterstolz, der aus der Note spricht, Ausdruck und meint, die Reparationskommission mache es sich außerordentlich leicht, wenn sie die deutschen Einwände lediglich auf Starrsinn zurückführt. Im übrigen betont sie aber die Notwendigkeit, den Forderungen, den auch die neue Note nicht abreißt, mit äußerster Geduld weiterzuspinnen und zu versuchen, dem Wunsche der Reparationskommission nach praktischen Anregungen zur Lösung der Schwierigkeiten, in denen sich die deutsche Regierung befindet, nachzukommen. — Das „Berliner Tageblatt“ bestimmt die Note dahin, daß sie wohl Verhandlungsmöglichkeiten zuläßt. Die Antwort sei in verhältnismäßigem Maße gehalten als die erste Note der Reparationskommission. Für die weitere Behandlung der von der Reparationskommission berührten Gegenstände seien die Verhandlungen in Genua über die Wirtschaftsfragen von größter Bedeutung.

Deutschland.

Berlin, 14. April.

In der Polizeitrage hat General Nolte ein Schreiben an das Anstaltliche Amt gerichtet, das die Rückkehr zur Organisation von 1913 fordert und die Länder anweist, bis zum 25. Mai Vorschläge einzureichen, die auf den Abbau der Polizeieinheiten auf den Stand von 1913 hinarbeiten.

Berlin, 17. April. Im Zusammenhang mit den Vorstellungen, die der deutsche Vertreter in Polen bei der interalliierten Kommission in Oppeln erhoben hat, hat er auch eine Note der Reichsregierung übergeben, um auf die Steigerung der Gefahren im besetzten oberschlesischen Gebiet hinzuweisen. In dieser Note wird der rege Verkehr erwähnt, der zurzeit über die oberschlesische Grenze von Polen bemerkt wird. Munitionstransporte wurden festgestellt, auch uniformierte Hallersoldaten sind bereits im besetzten oberschlesischen Gebiet wieder aufgetreten. In den Dörfern machen sich ortsfremde Leute, die man als die alten Führer der Aufständigen wieder erkennt, bemerkbar und halten Versammlungen ab, in denen sie gegen Deutschland hetzen. Schwere Ausschreitungen gegen Deutsche in Oberschlesien sind in vielen Fällen als Folge davon festzustellen. Deutsche Flüchtlinge treffen in den Städten ein. Dies alles wird in der Note mit bestimmter Deutlichkeit festgestellt.

Berlin, 16. April. Das Reichsverkehrsministerium demontiert entschieden die Meldung, daß im Reichsverkehrsministerium Neigung zur Umgestaltung der Eisenbahn zu einem privatwirtschaftlichen Betriebe bestehe. Die Stelle im Reichsverkehrsministerium, die dieses Dementi in die Welt setzt, weiß anscheinend nicht über die Vorgänge, die tatsächlich in einer Besprechung im Reichsverkehrsministerium erörtert wurden. Es ist in parlamentarischen Kreisen bekannt, daß gerade der Reichsverkehrsminister und einflussreiche Beamte im Reichsverkehrsministerium sich mit allen Kräften gegen eine Umgestaltung der Eisenbahn stellen und die Beibehaltung der Eisenbahn als Staatsbetrieb befürworten. Dagegen ist das letzte Wort noch nicht über das Gutachten des Reichsverbandes der deutschen Industrie gesprochen worden. Die Anregung, die in diesem Gutachten gegeben wird, hat in der Regierung große Beachtung gefunden.

Das Haus der Gnade.

Roman von Otfried v. Danneberg.

(Nachdruck verboten.)
157
Ein sehr steriles und augenscheinlich kokettes Verändchen von etwa siebzehn Jahren, in denselben hellblonden Haaren wie die Mutter, freckte mit einer ziemlich herablassenden Miene die Hand hin, die Agnes ergriff.
„Hier Kusine Martha, meiner verstorbenen Schwester einzige Tochter, die uns die Wirtschaft führt, hier Vetter Erwin, den du ja schon kennst und endlich hier Vetter Adolf, meines verstorbenen Bruders Sohn, der auch in unserer Mitte tätig ist. Ich hoffe, daß du dich bald eingewöhnt hast und dich im Kreise deiner Vettern und Kusinen wohl fühlst. So und nun — Margorjata, die Suppe.“
Agnes hatte ein beklemmendes Gefühl. Es war ihr, als ob sie Spiegekruten tiefe unter allen den Augenpaaren, die auf sie gerichtet waren.
Ganz verstohlen ließ auch sie ihre Augen über die Tafel gleiten. In der Mitte saß das gutsherrliche Paar und zwischen ihnen das Töchterchen. So war dieses gewissermaßen aus den anderen losgelöst und es unterhielt sich auch nur mit den Eltern.
An den Quertisch, an dem diese drei nebeneinander saßen, war ein längerer Bänksitz so angelegt, daß er mit seinem schmalen Ende an die andere Breitseite des Tisches der Gutsherrschaft stieß.
Diese hatte so kein Gegenüber, vielmehr saßen an der Seite der Frau von Poser an der zweiten Tafel Agnes und die Kusine Martha, an der Seite des Gutsherrn Erwin und Adolf.
Martha war etwa dreißig Jahre alt und hatte müde Augen und abgearbeitete Hände. In dem unruhigen Gesicht stand nichts von Lebensfreude oder Sonnenschein. Nur grane Müdigkeit und matte Ergebung lag in ihren Augen.
Erwin zeigte dasselbe etwas selbstgefällige Gesicht wie vorher am Bienen. Ein und wieder schielte er zu Kusine Erka hinüber, aber nur wenn er ganz gewiß war, daß die Lante anderweitig abgelenkt wurde.

und der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister neigen stark dazu, die Umstellung der Eisenbahn zum privatwirtschaftlichen Betrieb zu befürworten. Im übrigen sind bereits eingehende Berechnungen aufgestellt worden, in welcher Weise sich die Eisenbahn als privatwirtschaftlicher Betrieb am besten umstellen ließe und wie es möglich wäre, trotz dieser Umstellung, den Staat als Hauptaktionär gelten zu lassen.

Berlin, 13. April. Seitens der Regierung war vor Ostern eine weitgehende politische Amnestie in Aussicht genommen. Wie wir jedoch hören, hat sie auf Einpruch führender Parlamentarier, die rechtzeitig von dieser Absicht unterrichtet wurden, davon abgesehen, die Amnestie bereits Ostern zu erlassen, sich jedoch freie Hand behalten, die Amnestie nach Ostern auszusprechen. Man rechnet damit, daß etwa zu Pfingsten eine weitgehende Amnestie politischer Verbrechen erfolgen wird.

Berlin, 17. April. Der Generallandschaftsdirektor Kapp hat in einem hierher gerichteten Brief erklärt, daß er sich nunmehr dem Reichsgericht in Leipzig bedingungslos stellen und zu diesem Zwecke Ende April in Deutschland eintreffen werde.

München, 16. April. In einer Versammlung der bayerischen Mittelpartei berichtete Oberst a. D. von Ahlander über eine neue Spitzelgeschäfte, in der der bekannte Staatskommissar für öffentliche Sicherheit Weismann eine Rolle gespielt habe. Am 8. Februar sei in Stuttgart der für Frankreich Spitzeldienste leistende Josef Klein aus Düsseldorf verhaftet worden. Diesem Mann war ein Fragebogen des Düsseldorf Nachrichtenendienstes der frz. Rheinl.-Kom. vorgelegt worden, worin er Auskunft geben sollte über ein in Berlin erfundenes Schuttmittel gegen Giftgas, sowie ob Oberst Ahlander an der Spitze einer Abteilung einer Geheimorganisation stehe, die ein Monarchistenpußch herbeiführen wolle. — Auf Grund dieses Spitzelberichtes verlangte nun der Staatskommissar Weismann, daß Oberst Ahlander von hiesigen bayerischen Behörden vernommen werde, was auch geschah. — Oberst von Ahlander wies diese Beschuldigungen mit aller Entschiedenheit zurück und verlangte, daß in das Protokoll aufgenommen würde, daß er mit Entrüstung feststellen müsse, daß Weismann die Mitteilungen eines französischen Spitzels höher zu achten scheine, als das Wort eines deutschen Offiziers.

Gütliche Lösung der oberschlesischen Liquidationsverhandlungen in Genf.

Genf, 13. April.

Die heute erfolgte Einigung in der Liquidationsfrage beweist, daß es in letzter Stunde der deutschen Abordnung gelang, alle Forderungen durchzusetzen, wie sie die Wahrung der deutschen Interessen und vor allem der Interessen der oberschlesischen Bevölkerung für unumgänglich erachtete. Tatsächlich hat das Abkommen dazu geführt, daß der polnische Anspruch, in Oberschlesien ebenso uneingeschränkt die Liquidation vorzunehmen wie in Polen und Westpreußen, fallen gelassen wurde.

Eine Liquidation findet nach dem getroffenen Abkommen vielmehr in ganz eng begrenztem Maße in der Großindustrie und dem Grundbesitz Anwendung und fällt im übrigen vollkommen fort, jedoch alles heimische Gut, Habe, Bankguthaben, Aktien, Hypotheken, Aktien, Konzeptionen usw. wie der gesamte häusliche Grundbesitz von jeder Liquidation frei bleiben. Was die Liquidation bei der Großindustrie betrifft, so wird hier unter Großindustrie verstanden: Bergwerke, Hütten und Hüttenwerke, Brennstoff- u. Pulverfabriken usw.

Als Großbesitz im Sinne der Liquidation gelten Ländereien von 100 oder mehr Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche.

Mit dieser kurz skizzierten Lösung der schwierigen Liquidationsfrage ist eine Klarstellung der Verhältnisse erreicht, die das deutsche Wirtschaftsleben in Oberschlesien von der Liquidation entweder überhaupt freiläßt, oder für die Betroffenen in einer zeitlich und sachlich durchaus erträglichen Weise gestaltet. Das Abkommen bedeutet damit eine völlig neue Situation gegenüber der ursprünglichen Zielsetzung der polnischen Regierung.

Tagung der badischen Lehrer.

Karlsruhe, 13. April. In der dritten geschlossenen Vertreterversammlung des Bad. Lehrervereins behandelte

Hauptlehrer Wohlfahrt-Plentersbach das Thema „Die Kulturgeschichte des Volksstaates und die Landeskultur“. Der Redner ging von der Tatsache aus, daß 90 Prozent aller Kinder den Bildungsweg durch die Volksschule nehmen und daß deshalb diese Schulart im Mittelpunkt der Kulturgeschichte des Volksstaates stehen muß. Das Landstudium ist etwas stiefmütterlich behandelt worden von Pädagogik, Psychologie und Methodik der neueren Zeit und bedürfe einer besonderen Aufmerksamkeit. Die Forderungen aus diesen Tatsachen verdichteten sich zu Forderungen, welche die einstimmige Annahme der Versammlung fanden. Einmündige Annahme fanden auch folgende Entschlüsse:

1. Der Bad. Lehrerverein bekennt sich aufs Neue zur Simultanschule, die seit 1876 in Baden durchgeföhrt ist und allen Verhältnissen und Weltanschauungen gerecht zu werden vermag. Er erwartet mit Zuversicht die Beibehaltung der bewährten Simultanschule bei der kommenden Umgestaltung des badischen Schulwesens.

2. Der Bad. Lehrerverein fordert erneut die Einrichtung eines Landeslehrerrates und bedauert es aufs Tiefste, daß Baden das in der Reichsverfassung verbriefte Recht der Mitbestimmung der Lehrerschaft an der Verwaltung durch einen Landeslehrerrat noch nicht zur Tat werden ließ.

3. Die Vertreterversammlung beauftragt den Vorstand, beim Deutschen Lehrerverein als unserer Reichsgewerkschaft, dafür einzutreten, daß das Reichsversicherungsamt entsprechend den früher geltenden günstigeren Bestimmungen der süddeutschen Staaten verbessert und daß das 1919/20 an Zwangsversicherungen begangene Unrecht beseitigt werde.

4. Der Bad. Lehrerverein beauftragt, daß die vom Unterrichtsministerium aufgegebenen Lehrpläne nicht so gefördert werden, daß mit Beginn des neuen Schuljahres ein neuer Lehrplan in Kraft treten konnte und erwartet, daß diese Arbeiten in der Richtung des von uns aufgestellten Lehrplanvorlages recht bald zum Abschluß gebracht werden. Die Mitgliederversammlung ersucht, bis zur Inkraftsetzung eines neuen Lehrplans durch eine Uebergangsverordnung in einzelnen Fächern eine Milderung des Stoffumfanges zuzulassen einer unterrichtlichen Vertiefung einzutreten zu lassen.

Die Forderung der Ueberstunden, Ortsklassen, Abschaffung der Klassenarbeiten und Schaffung von Wirtschaftsklassen wurden abgelehnt. — Nachdrücklich wurde die Schaffung der Mittelschulen vorgeschlagen, daß bei der Schaffung von Schulaufsichtsstellen politische Gesichtspunkte maßgebend seien. Nicht was einer Partei, sondern was dem Kinde die größtmögliche Förderung vertritt, darf bei der Besetzung von Schulaufsichtsstellen ausschlaggebend sein.

Prof. Dr. Guenther-Freiburg hat in einer kurzen Ansprache um Förderung seiner heimatkundlichen Bestrebungen.

Nach Eröffnung der umfangreichen Tagesordnung richtete der Vorsitzende, Hauptlehrer Hofstein, heraldische Dankesworte an den Ortsausschuß, das Unterrichtsministerium, die Stadtverwaltung, sowie an alle, die zum Gelingen der Tagung beigetragen hatten. Die Mitgliedsworte des badischen Ministers a. D. Dr. Seyfert wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Baden und Nachbarstaaten.

Der Erbergermordprozess.

Offenburg, 15. April. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, findet der Erbergermordprozess als letzter Fall der nächsten Schwurgerichtsverhandlungen statt. Diese beginnen am Montag, den 8. Mai. Als Termin für den Erbergermordprozess rechnet man etwa Mitte Mai.

Karlsruhe, 17. April. Anlässlich des 60. Geburtstages des Professors an der Landesuniversität Friedrich Febr findet vom 17. April bis 14. Mai 1922 eine Ehrenausstellung von Werken des Künstlers in den Räumen des badischen Kunstvereins in Karlsruhe (Waldstraße 13) statt.

Mannheim, 17. April. Viele hiesige Hausbesitzer führen darüber Klage, daß die Regulierung der Oppauer Explosionsgefährden sehr lange auf sich warten lasse. Die Hausbesitzer hatten die durch die Explosion notwendig gewordenen Reparaturen ausführen lassen und mußten dazu teilweise private Darlehen zu Hilfe nehmen. Ein Ersatz von Seiten des Staates ist ihnen aber trotz aller möglichen Vorstellungen bis jetzt nicht zuteil geworden.

Am Karfreitag nachmittag wurde der 18jährige Tagelöhner Jakob Bohwinkel von Gernsheim, als er am Bahnhof Waldhof in den noch fahrenden Zug einsteigen wollte, von diesem überfahren und sofort getötet.

Auf dem letzten Markt wurde von Händlern für Karloffeln ein Preis von 3.20 Mark für das Pfund verlangt.

Kusine Agnes Brüderlichkeit trinkt und „du“ zu ihr sagt, wie sich das unter Verwandten gehört.

Sie stieß mit dem jungen Mädchen an und küßte sie auf den Mund. Die blonde Erka sagte einige gezielte Worte und küßte sie ebenfalls mit spitzen Lippen.

Martha sah sie einen Augenblick wie prüfend an, dann sprach sie mit einer merklich blechern Stimme:

„Willkommen, Agnes.“

Der alte Herr von Poser leerte sein Glas und reichte ihr seine gewaltige Tasse über den Tisch.

„Also nochmals willkommen. Ich mache nicht viele Worte, aber ich meine es ehrlich.“

Erwin trat heran, stieß an und küßte ihr die Hand mit ein paar oberflächlichen Worten, nur Adolf stand unbeweglich an seinem Platz. Da beugte sich Agnes selbst zu ihm hinüber.

„Auf gute Freundschaft, Vetter Adolf.“

Der Vermählte schaute auf. Noch waren auf seinem Gesicht die Erregungen zu lesen, die ihn während Tante Christines Worte erschütterten. Jetzt lag eine Frage in seinem Auge. Aber auf dem ersten Anblick, das Agnes ihm zuwandte, lag nichts anderes als ehrliche Anteilnahme. Nichts von Spott oder Hohn, die der Unfälle überall witterte. Do leuchtete es auf in seinen Mienen.

„Auf gute Freundschaft!“

Das Essen ging nun, ohne etwas besonderes zu bieten, zu Ende und Frau von Poser hob die Tafel auf.

„Agnes, in deinen Wirkungskreis werde ich dich erst morgen einführen, denn mir alle haben hier besondere Tätigkeitsgebiete und ich glaube, daß es auch dir nur lieb sein wird, nicht müßig unter uns zu gehen.“

Aber heute bist du noch abgelenkt von der Reise und guemst Sonnabend. Da rate ich dir, dich heute das Gebiet unserer Gärten etwas an und morgen führe ich dich in deine neue Wirklichkeit ein, die du dann am Montag mit irdischen Kräften antreten kannst.

(Fortsetzung folgt.)

Fortbildungsschule für Knaben und Mädchen.

Nach § 9 des Gesetzes über den Fortbildungsunterricht vom 19. Juli 1918 sind Knaben noch 3 und Mädchen noch 2 Jahre nach Entlassung aus der Volksschule verpflichtet, die Fortbildungsschule zu besuchen. Eltern oder deren Stellvertreter, Arbeits- oder Lehrherren sind verbunden, die unter ihrer Obhut stehenden, zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichteten Kinder zur Teilnahme an diesem anzumelden und ihnen die zum Besuch erforderliche Zeit zu gewähren. Zuwiderhandlungen werden nach § 11 des genannten Gesetzes mit Geld bis zu 20 Mk. und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

Die Anmeldungen für das neue Schuljahr finden statt: Donnerstag, den 20. April 1922, von 8-12 Uhr und von 2-6 Uhr, auf dem Rektorat der Volksschule (Friedrichschule 2. St., Zimmer Nr. 14).

Die in den untersten Jahrgang der hiesigen Handels- und Gewerbeschule eintretenden Schülerinnen sind gleichfalls anzumelden. Das Rektorat.

Fahrradverfeigerung.

Mittwoch, den 19. April, vorm 9 Uhr, werden dahier, Leopoldstraße 12, gegen Barzahlung öffentlich versteigert: 1 Büffel, 1 Schrank, 1 Bettsofa, 1 Ausziehtisch, 1 eisernes Bett, 2 Tische, 1 Geschirr, 2 Küchen- und 2 Speisechränke, 1 Hoher, 1 Notenständer, 4 Rohre und 3 Polsterstühle, 3 Rohrstühle, 1 Seidentisch, 2 Nachttische, 1 Waschtisch, 1 Eisenschrank, 1 Gartentisch, 4 Stühle und Kinderarten, 1 Streichgitarre, einige Gas- und Petroleumlampen, mehrere Bilder, Hirsch-, Reh- und Gamsgeweihe, 1 dreiarmer Gasleuchter, 3 P. Herren- und Knabenstiefel, einige Knabenanzüge und sonst verschiedenes.

Durlach, den 15. April 1922.

Ab Heute:



Die große Althoff-Amboss-Sensations:

Das Verbrechen von Houndsditch

Eine Kette rätselhafter Verbrechen im Stille eines großen Detektiv-Abenteurer

in 6 Akten.

mit Salda Gura

als Miranda

in der Hauptrolle

Ferner: Prinzenerziehung

Eine Satire in 3 Akten.

Soranzige: Das Indische Grabmal - Der Welt größter Film!



Die Geier Balsh HENNY PORTEN

als Claudy vom Gaiserhof

Eine Buntertragödie in vier Aufzügen mit weiteren ersten Hauptgestalten, wie:

Ed. v. Winterstein

Paul Hartmann

Lupe Blö.

Das Automobilrennen

im Grunewald.

Grotesk-Einlage.

Die beste u. billigste **Schuhreparatur** in Durlach ist die einzig bestbewährte u. konkurrenzlose **Henninger's Gummibesohlung** Herren-Gummisohlen u. Abs. 65. Damen-Gummisohlen u. Abs. 58. Alleinst. Annahmestelle in Durlach: **Schuhhaus Wilh. Schermann**, Hauptstrasse 16.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft

A.-G. Mannheim.

Eigen-Vermögen 227 Millionen Mark.

- Bankkredite
- Scheckverkehr
- Conto-Correntverkehr
- Spareinlagen
- Effektenhandel
- Zinsscheineinlösung
- Sorten
- Devisen
- Wechseldiscont
- Accreditive
- Depotverwaltung
- Vermögensverwaltung

durch unsere Filiale Durlach.

Telephon Nr. 30 u. 185.

Kochen heize elektrisch

Edm. Müller, Durlach, Schloßstr. Tel. 214.

Wir vergüten auf Spareinlagen

4%

bei täglicher Verzinsung.

Größere Beträge nach Vereinbarung.

Volksbank Durlach e. G.

Bank und Sparkasse.

Serrenstärkwäsche u. Saushaltungswäsche Vorhänge u. Stors jeder Art

übernimmt

Waschanstalt C. Bardusch

Annahmestellen:

- Frau Schäfer, Schloßstraße 3.
- " Dattler, Adlerstraße 8 u.
- " Häuser, Wolfartsweiher.
- " Schölb, Aue, Waldhornstr. 25.

Speise- u. gelbe Saatkartoffeln sowie ein Herd und ein Bett zu verkaufen Näherstr. 12 (Karrer).

Schöner neuer Anzug für 1200. zu verkaufen Ettlingerstr. 421.

Ein Paar weiße Halsbänder zu verkaufen, Größe 39, bereits neu. Zu erfragen im Verlag.

"Nissin" gegen Kopfschmerz. Nichts anderes nehmen zu haben Löwen-Apothete.

Gestrickte Kleider Strumpf- & Wollwaren Tricotage & Schürze B. Schweigardl (Strickerei) DURLACH Adlerstr. 11

Das echte Kaffee **Simons-Brot**

ist bestes Mittel gegen Zuckerkrankheit, Magen-, Darm-, Nierenleiden usw. Stets frisch erhältlich bei Julius Schaefer, früher D. Orenko

Zu verkaufen 1 Kommode 2 Tische 1 Nachttisch 1 Herd. Jakob Wolfinger, Grünwetterstr. 155.

Kragen

-Wäscherei Schorpp liefert schnellstens Stärke-Wäsche. Annahmestellen: Durlach: Hauptstrasse 15. Aue: b. Hr. Langenbein. Karlsruhe: in allen Stadtteilen.

Schulzeit kräftiges Mädchen zur Anstellung oder fürständig bei hohem Lohn für sofort gesucht Garhof 3. Aue. Ebenfalls kann ein anständiges bürgerliches Mädchen sich als Servierfräulein ausbilden.

Mädchen gesucht auf 6 bis 8 Wochen bei guter Bezahlung. Hauptstr. 66a. 3. St.

Mädchen kann auch jünger sein, gesucht. Auskunft erteilt Frau Luise Buh, Hauptstr. 53 III.

Ge sucht für sofort od. 1. Mai tüchtiges Mädchen für Küche und Hausarbeit. In erfragen im Verlag

Zu kaufen gesucht: zwei gewichtige Armstühle und ein kleiner Fliegenschrank, alles nur gut erhalten, in Privatbesitz. halt Angeb. mit Preis unter Nr. 216 an den Verlag d. Bl.

Starke pikante Blumenholz-, Rohrabens-, Wirtspflanzen sind zu haben bei Heinrich Schneider, Friedhofstr. 3

Speise- und Saatkartoffeln sind fortwährend zu haben Durlach, Auerstr. 48 (Gerhardt)

Häute - Felle Därme.

Ankauf aller Arten Häute und Felle von Groß- und Kleinvieh zu höchst. Tagespreisen. Verkauf von allen Sorten Därme bei G. Hehl, Friedrichstr. 4

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden u. Bekannten die traurige Mitteilung, daß unsere liebe Mutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

Katharine Barthlott geb. Pöfel

heute mittag sanft verschieden ist. Durlach, den 17. April 1922.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittags 5 Uhr statt. Trauerhaus: Adlerstraße 5.

Der Vortrag über **Spiritismus und Okkultismus** findet nicht, wie irrtümlich befunden, am 19. d. Mts., sondern am Mittwoch nach dem Weissen Sonntag den 26. April statt.

Familienfestes halber bleibt mein Geschäft am Donnerstag, den 20. April geschlossen.

Adolf Walther Mühlenbesitzer, Söllingen.

Seefische

Preisrückgang von heute eingetroffene großer, blutfrischer Sendung empfehle

- Nordsee-Cablau 1 Pfd. 11.00
- " - Schellfisch " 12.50
- Merlans zum Backen " 10.00
- Kochen geräuchert " 14.00
- Seelachs " 16.00
- Süßbückling " 12.00
- Lachshering " 14.00

Otto Schöffler, Hauptstr. 38.

Neu eröffnet.

Den verehrten Einwohnern von Durlach zur Kenntnis, daß ich das

Lebensmittel- u. Landesprodukten-Geschäft Weingarterstraße 24

neu eröffnet habe und Reis frische Eier und Landbutter sowie sämtliche Futtermittel führe.

Um geneigten Zuspruch bittet

Schachtungsboll

Peter Mathien u. Frau.

Durlach, 15. April 1922.

Hämorrhoiden Apotheker Lauenstein's Hämorrh.-Salbe u. Pillen jetzt echt in der Einhorn-Apothete Durlach.

Empfehle mich im Anfertigen von **Haarzöpfen und Haarketten.** Karl Wösch, Friseur, Durlach, Waldstr. 21

Neuanfertigung von Herren- u. Knabenanzügen, Wenden, Abändern, Bügeln und Reparaturen.

Neuanfertigung von Herren- u. Knabenanzügen, Wenden, Abändern, Bügeln und Reparaturen. Musterkollektion von garantiert reiner Wolle, sowie reichhaltiges Stofflager.

Hugo Rothweiler, Schneidermeister, Berg-hausen, Hauptstr. 63. Reelle Bedienung. Rasche Lieferung.

Hühneraugen entfernt **"Durlachia" Radikal.** Nur **Einhornapotheke** - Marktplatz.

Die Freude des Hühnerhalters sind die **Camphorin-Lege Eier**, sie dienen zugleich zur Vertilgung und Begünstigung der Hühnerfleisch-Willen, Kalkstein- u. Erhöhte Fruchtbarkeit. **Central-Druckerei Paul Bogel.**